

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Parlamentarische Konferenz

2. Sitzung

11. November 2022

Beginn: 13.01 Uhr

Schluss: 15.11 Uhr

Vorsitz: Dennis Buchner, Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin
Prof. Dr. Ulrike Liedtke, Präsidentin des Landtages Brandenburg

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Parlamentarische Konferenz stimmt einvernehmlich einer Live-Übertragung der Sitzung auf der Website des Abgeordnetenhauses zu. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Aufnahme nachträglich auf den Websites der beiden Parlamente zur Verfügung gestellt werde.

Der Vorsitzende teilt mit, dass man im Vorfeld übereingekommen sei, den ursprünglich vorgesehenen Tagesordnungspunkt

Kinder- und Jugendbeteiligung

in der heutigen Sitzung nicht aufzurufen, da die für dieses Thema zuständigen Fachausschüsse des Abgeordnetenhauses Berlin und des Landtages Brandenburg noch keine Gelegenheit gehabt hätten, sich des Themas in einer gemeinsamen Sitzung anzunehmen.

Der Vorsitzende stellt Einvernehmen hinsichtlich der Tagesordnung fest.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass im Vorfeld der Sitzung sowie als Tischvorlage ein Vorschlag zum Verfahren in der heutigen Sitzung verteilt worden sei (siehe Anlage 1).

Die Parlamentarische Konferenz kommt einvernehmlich überein, wie in dem Papier vorgeschlagen zu verfahren.

Punkt 1 der Tagesordnung

Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg (u.a. Corona-Umgangsregeln, Krankenhausplanung)

Einleitend berichten Herr Abg. Gräff, Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung des Abgeordnetenhauses Berlin sowie Herr Abg. Lüttmann, Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landtages Brandenburg, von der gemeinsamen Sitzung der beiden Ausschüsse am 19. Oktober 2022 (siehe hierzu die Stellungnahmen der Ausschüsse, Anlagen 2 und 3).

Im Anschluss an eine Rederunde der Fraktionen nehmen Frau Senatorin Gote (WGPG) für den Senat und Frau Ministerin Nonnemacher (MSGIV) für die Regierung des Landes Brandenburg Stellung.

Abschließend wird folgende, von der Vorsitzenden vorgeschlagene Empfehlung einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der SPD (Berlin und Brandenburg), Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Berlin und Brandenburg), der CDU (Berlin und Brandenburg), Die Linke (Berlin und Brandenburg), der FDP (Berlin) und der Fraktion BVB/Freie Wähler (Brandenburg) bei Enthaltung der Mitglieder der AfD-Fraktionen (Berlin und Brandenburg) angenommen:

„Die Parlamentarische Konferenz empfiehlt die Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der für Gesundheit zuständigen Fachausschüsse im Abgeordnetenhaus Berlin und im Landtag Brandenburg zur Vorbereitung der gemeinsamen Sitzungen der Fachausschüsse.“

Punkt 2 der Tagesordnung

Zusammenarbeit am Medienstandort Berlin-Brandenburg

Einleitend berichten Herr Abg. Keller, Vorsitzender des Hauptausschusses des Landtages Brandenburg sowie Frau Abg. Çağlar, Vorsitzende des Ausschusses für Engagement, Bundesangelegenheiten und Medien des Abgeordnetenhauses Berlin, von der gemeinsamen Sitzung der beiden Ausschüsse am 17. Oktober 2022 (siehe hierzu die Stellungnahmen der Ausschüsse, Anlagen 4 und 5).

Im Anschluss an eine Rederunde der Fraktionen nehmen Herr Dr. Fischer, Chef der Senatskanzlei und Staatssekretär für Medien und die Metropolregion, für den Senat und Herr Dr. Grimm, Staatssekretär in der Staatskanzlei, Beauftragter für Medien und Digitalisierung, für die Regierung des Landes Brandenburg Stellung.

Abschließend stellt der Vorsitzende als Ergebnis der Beratungen fest, dass die Parlamentarische Konferenz den Senat und die Regierung des Landes Brandenburg auffordere, den Staatsvertrag über die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg im Bereich der Medien („mabb-Staatsvertrag“) rasch zu einem Abschluss zu bringen.

Darüber hinaus sei man sich einig geworden, den Ausschuss für Engagement, Bundesangelegenheiten und Medien des Abgeordnetenhauses bitten zu wollen, sich in seiner kommenden Sitzung mit der der Konferenz vorliegenden Stellungnahme des Hauptausschusses des Land-

tages Brandenburg, die sich auch mit dem Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Rundfunkanstalt der Länder Berlin und Brandenburg („rbb-Staatsvertrag“) auseinandersetze, zu befassen und zu prüfen, welchen Inhalten man sich anschließen könne.

Herr Abg. Keller, Vorsitzender des Hauptausschusses des Landtages Brandenburg, ergänzt, auch der Hauptausschuss werde sich weiterer Anregungen aus dem Medienausschuss des Abgeordnetenhauses annehmen und sie ggf. in eigene Beschlüsse integrieren.

Punkt 3 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die nächste, 3. Sitzung der Parlamentarischen Konferenz am 20. Januar 2023 stattfinde. Als Tagesordnungspunkte seien durch die Konferenz bereits festgelegt worden:

1. Energiestrategie der Hauptstadtregion
2. Mobilität

Ob hierüber hinaus auch der Punkt „Kinder- und Jugendbeteiligung“ aufgerufen werden könne, der ursprünglich für die heutige Sitzung vorgesehen gewesen sei, liege, so die Vorsitzende, auch daran, ob es den Fachausschüssen der beiden Häuser gelinge, im Vorfeld der 3. Sitzung der Parlamentarischen Konferenz eine gemeinsame Sitzung zu diesem Thema abzuhalten.

gez. Dennis Buchner
Präsident des Abgeordnetenhauses Berlin

gez. Prof. Dr. Liedtke
Präsidentin des Landtages Brandenburg

2. Sitzung der Parlamentarischen Konferenz, 11. November 2022

– Vorschlag der Vorsitzenden zum Verfahren –

Es wird durch die Vorsitzenden der Parlamentarischen Konferenz folgendes Verfahren für die Behandlung der Tagesordnungspunkte 1 und 2 vorgeschlagen:

- **Einleitung durch den Vorsitzenden/die Vorsitzende**, der/die auch die Moderation des Tagesordnungspunktes übernimmt
 - Tagesordnungspunkt 1: Frau Präsidentin Prof. Dr. Liedtke
 - Tagesordnungspunkt 2: Herr Präsident Buchner
- **Bericht der Fachausschussvorsitzenden** über die gemeinsame Sitzung (5 Minuten)
 - Tagesordnungspunkt 1:
 - Der Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung des Abgeordnetenhauses, Herr Abg. Gräff
 - Der Vorsitzende des Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landtages Brandenburg, Herr Abg. Lüttmann
 - Tagesordnungspunkt 2:
 - Der Vorsitzende des Hauptausschusses des Landtages Brandenburg, Herr Abg. Keller
 - Die Vorsitzende des Ausschusses für Engagement, Bundesangelegenheiten und Medien des Abgeordnetenhauses, Frau Abg. Çağlar
- **Runde der Fraktionen** (3 Minuten pro Fraktion und Land). Der Aufruf erfolgt in Reihenfolge der Wortmeldung
- **Stellungnahmen der Regierungsvertretungen** (5 Minuten)
 - Tagesordnungspunkt 1:
 - Die Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung des Landes Berlin, Frau Gote
 - Die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, Frau Nonnemacher
 - Tagesordnungspunkt 2:
 - Der Staatssekretär in der Staatskanzlei des Landes Brandenburg, Beauftragter für Medien und Digitalisierung, Herr Dr. Grimm
 - Der Chef der Senatskanzlei und Staatssekretär für Medien und die Metropolregion, Herr Dr. Fischer
- **Festhalten der Ergebnisse** durch den Präsidenten/die Präsidentin und Verständigung über das weitere Vorgehen

Präsidentin des
Landtages Brandenburg
Frau Prof. Dr. Ulrike Liedtke

Ausschuss für Soziales,
Gesundheit, Integration und
Verbraucherschutz

Der Vorsitzende

im Hause

Datum: 27. Oktober 2022

nur per E-Mail

Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz gemeinsam mit dem Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung des Abgeordnetenhauses von Berlin

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (ASGIV) führte am 19. Oktober 2022 mit dem Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung des Abgeordnetenhauses von Berlin im Landtag Brandenburg eine gemeinsame Sitzung, jeweils als extra Sondersitzung, durch.

Zu Beginn der gemeinsamen Debatte fand eine umfangreiche Anhörung mit vier Anzuhörenden zum Thema „Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg“ statt. Daran nahmen als Anzuhörende teil: Herr Prof. Dr. med. Dr. h. c. Karl Max Einhäupl (Vorsitzender der Expertenkommission „Innovationszentrum Universitätsmedizin Cottbus“), Herr Prof. Dr. med. Detlev Ganten (Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften), Herr Prof. Dr. Rajan Somasundaram (Ärztlicher Leiter Notaufnahme Campus Benjamin Franklin, Charité - Universitätsmedizin Berlin) und Frau Prof. Dr. phil. Christine Holmberg (Leiterin des Instituts für Sozialmedizin und Epidemiologie der Medizinischen Hochschule Brandenburg).

Die Anzuhörenden berichteten, flankiert von Ausführungen von Frau Ministerin Nonnemacher (Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz) sowie Frau Senatorin Gote (Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung), über die Situation der Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg mit konzentriertem Blick auf das Land Brandenburg bzw. auf das Land Berlin mit deren jeweiligen Stärken und Schwächen. Im Anschluss stellten die Abgeordneten beider Ausschüsse ausführliche Fragen, die wiederum von der Expertin und den Experten sowie dem Ministerium und der Senatsverwaltung umfangreich beantwortet wurden. Von der Anhörung wird ein Wortprotokoll gefertigt, welches wir Ihnen nach Fertigstellung zusenden werden. Dieses wird voraussichtlich nicht bis zum 11. November 2022 vorliegen.

In einem anschließenden Tagesordnungspunkt riefen beide Vorsitzende für ihre jeweiligen Ausschüsse einen Beschlussvorschlag auf. Im ASGIV lag ein schriftlicher Antrag des Vorsitzenden,



Herrn Abgeordneten Lüttmann, vor. Der Vorsitzende stellte diesen in einer mündlich geänderten Fassung im ASGIV zur Abstimmung. Dieser nahm den folgenden Wortlaut einstimmig und ohne Stimmenthaltungen an:

„Gemäß den Zielen der Parlamentarischen Konferenz soll die Zusammenarbeit des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg und des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung des Abgeordnetenhauses von Berlin fortgesetzt und inhaltlich ausgestaltet werden. Zur organisatorischen und inhaltlichen Ausgestaltung künftiger gemeinsamer Sitzungen regen die Gesundheitsausschüsse beider Länder an, dass die Parlamentarische Konferenz eine Arbeitsgruppe gründet. Der Arbeitsgruppe gehören aus beiden Gesundheitsausschüssen je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Fraktionen im Landtag Brandenburg sowie des Abgeordnetenhauses von Berlin an.“

Der Vorsitzende des Berliner Gesundheitsausschusses, Herr Abgeordneten Gräff, brachte den oben genannten Beschluss mündlich in seinen Ausschuss ein und stellte am Ende der Aussprache im Berliner Gesundheitsausschuss das Einvernehmen über die Protokollnotiz fest.

Noch vor der nächsten Sommerpause wollen sich die beiden Ausschüsse in einer weiteren gemeinsamen Sitzung mit den Ergebnissen der eingesetzten Arbeitsgruppe befassen und die Ergebnisse der Parlamentarischen Konferenz mitteilen.

Ich würde mich freuen, wenn die Parlamentarische Konferenz die Anregung aufgreifen und die oben genannte Arbeitsgruppe etablieren würde.

Mit freundlichen Grüßen



Björn Lüttmann

Abgeordnetenhaus **BERLIN**

Der Vorsitzende
des Ausschusses für Gesundheit, Pflege
und Gleichstellung

Abgeordnetenhaus von Berlin - 10111 Berlin-Mitte

An den
Präsidenten
des Abgeordnetenhauses von Berlin
Herrn Dennis Buchner

– im Hause –

Geschäftszeichen	Bearbeiter(in)	Zimmer	Telefon (030) 2325 -	Telefax (030) 2325 -	Datum
III A 2	Frau Ketteler	241	1490	1498	7.11.2022

Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung mit dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landtags Brandenburg in Potsdam am 19. Oktober 2022

Sehr geehrter Herr Präsident Buchner,

der Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung hat am 19. Oktober 2022 eine gemeinsame Sitzung mit dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landtags Brandenburg in Potsdam durchgeführt.

Die gemeinsame Sitzung fand zum Thema „Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg“ statt und begann mit einer umfangreichen Anhörung von vier ausgewiesenen Expertinnen und Experten auf diesem Gebiet:

- Herrn Prof. Dr. med. Dr. h. c. Karl Max Einhäupl,
Vorsitzender der Expertenkommission „Innovationszentrum Universitätsmedizin Cottbus“
- Herrn Prof. Dr. med. Detlev Ganten,
Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften
- Frau Prof. Dr. phil. Christine Holmberg,
Leiterin des Instituts für Sozialmedizin und Epidemiologie der Medizinischen Hochschule Brandenburg und
- Herrn Prof. Dr. med. Rajan Somasundaram, Ärztlicher Leiter der Notaufnahme Campus Benjamin Franklin, Charité - Universitätsmedizin Berlin.

Nach den ausführlichen Vorträgen der Anzuhörenden berichteten auch Frau Senatorin Gote (Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung) und Frau Ministerin Nonnemacher (Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucher-

Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin-Mitte
(ehemaliger Preußischer Landtag)

Interne Telefonnummer: 99407 -

U-Bahnhof
Potsdamer Platz
Kochstraße

S-Bahnhof
Anhalter Bhf.
Potsdamer Platz

DB-Bahnhof
Potsdamer Platz

Bus
M 29, M 41, M 48,
M 85, 200

Internet: <http://www.parlament-berlin.de>
E-Mail: GesPflGleich@parlament-berlin.de
Für Dokumente mit elektronischer Signatur verwenden
Sie bitte: Verwaltung@parlament-berlin.de

schutz) über aktuelle Entwicklungen und Vorhaben auf dem Gebiet der länderübergreifenden Gesundheitspolitik. Im Rahmen der sich anschließenden Aussprache beantworteten sowohl die Anzuhörenden als auch die Senatorin bzw. die Ministerin eine Vielzahl von Fragen der Mitglieder beider Ausschüsse.

Im weiteren Verlauf der Sitzung befassten sich die Mitglieder beider Ausschüsse mit vielen gemeinsamen Fragestellungen aus dem Bereich der Gesundheitspolitik der Länder Berlin und Brandenburg. Im Ergebnis bestand unter den Anwesenden Einigkeit, dass die gemeinsame Arbeit der beiden Landesparlamente auf dem Gebiet der übergreifenden Gesundheitspolitik fortgesetzt und vertieft werden sollte.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landtags Brandenburg fasste abschließend auf Vorschlag des dortigen Vorsitzenden, Herrn Abg. Lüttmann, den Beschluss, der Parlamentarische Konferenz Berlin-Brandenburg folgende Anregung zu unterbreiten:

"Gemäß den Zielen der Parlamentarischen Konferenz soll die Zusammenarbeit des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg und des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung des Abgeordnetenhauses von Berlin fortgesetzt und inhaltlich ausgestaltet werden.

Zur organisatorischen und inhaltlichen Ausgestaltung künftiger gemeinsamer Sitzungen regen die Gesundheitsausschüsse beider Länder an, dass die Parlamentarische Konferenz eine Arbeitsgruppe gründet.

Der Arbeitsgruppe gehören aus beiden Gesundheitsausschüssen je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Fraktionen im Landtag Brandenburg sowie des Abgeordnetenhauses von Berlin an."

Ich habe mir diesen Vorschlag zu eigen gemacht und konnte hierzu unter den Mitgliedern des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung Einvernehmen erzielen. Die vorgeschlagene Arbeitsgruppe soll in überfraktioneller Zusammenarbeit einige der gemeinsam identifizierten Themen aufarbeiten und Vorschläge für die weitere parlamentarische Zusammenarbeit der Ausschüsse vorbereiten. Der Ausschuss würde sich daher freuen, wenn die Parlamentarische Konferenz die Anregung aufnehmen und eine solche Arbeitsgruppe einrichten würde.

Die beiden Ausschüsse haben verabredet, sich im Laufe des kommenden Jahres nochmals zu einer gemeinsamen Sitzung zu treffen. Im Rahmen dieser Sitzung sollen die gemeinsame Diskussion fortgesetzt und erste inhaltliche Ergebnisse für die Parlamentarischen Konferenz erarbeitet werden.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Gräff

Abgeordnetenhaus **BERLIN**

Die Vorsitzende
des Ausschusses für Engagement,
Bundesangelegenheiten und Medien

Abgeordnetenhaus von Berlin - 10111 Berlin-Mitte

An den
Präsidenten
des Abgeordnetenhauses von Berlin
Herrn Dennis Buchner

– im Hause –

Geschäftszeichen	Bearbeiter(in)	Zimmer	Telefon 2325 -	(030) Telefax (030) 2325 -	Datum
III A 2	Frau Ketteler	241	1490	1498	09.11.2022

Gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Engagement, Bundesangelegenheiten und Medien des Abgeordnetenhauses von Berlin mit dem Hauptausschuss des Landtags Brandenburg am 17. Oktober 2022

Sehr geehrter Herr Präsident Buchner,

der Ausschuss für Engagement, Bundesangelegenheiten und Medien hat am 17. Oktober 2022 eine gemeinsame Sitzung mit dem Hauptausschuss des Landtags Brandenburg in Berlin durchgeführt.

Die gemeinsame Sitzung fand unter der Überschrift „Zusammenarbeit am Medienstandort Berlin-Brandenburg“ statt.

In einer ersten Anhörung haben sich die Abgeordneten beider Ausschüsse mit der Novellierung des Staatsvertrags über die Zusammenarbeit zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg im Bereich der Medien, konkreter mit den Aufgaben und Herausforderungen für die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) befasst. Hierzu wurden die Direktorin der mabb Frau Dr. Eva Flecken und der Vorsitzende des Medienrats der mabb Herr Martin Gorholt angehört.

In einer zweiten, sehr umfangreichen Anhörung ging es sodann um den Sachstand, die aktuellen Herausforderungen und einen Ausblick für den Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb). Neben der Interimsintendantin des rbb Frau Dr. Katrin Vernau nahmen auch der Vorsitzende des Rundfunkrats des rbb Herr Ralf Roggenbuck, die amtierende Vorsitzende des Verwaltungs-

Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin-Mitte
(ehemaliger Preußischer Landtag)

Interne Telefonnummer: 99407 -

U-Bahnhof
Potsdamer Platz
Kochstraße

S-Bahnhof
Anhalter Bhf.
Potsdamer Platz

DB-Bahnhof
Potsdamer Platz

Bus
M 29, M 41, M 48,
M 85, 200

Internet: <http://www.parlament-berlin.de>
E-Mail: EnBuMe@parlament-berlin.de
Für Dokumente mit elektronischer Signatur verwenden
Sie bitte: Verwaltung@parlament-berlin.de

rats Frau Dorette König, die Vorsitzende des Personalrats des rbb Frau Sabine Jauer, die Compliance-Beauftragte des rbb Frau Anke Naujock-Simon und der Vorsitzende der Interessenvertretung der Freien im rbb Herr Christoph Reinhardt, an der Anhörung teil.

Nach den einführenden Vorträgen der Anzuhörenden berichteten auch Herr Staatssekretär Dr. Fischer (Senatskanzlei) und Herr Staatssekretär Dr. Grimm (Staatskanzlei des Landes Brandenburg) über aktuelle Entwicklungen und Vorhaben im Bereich der länderübergreifenden Medienpolitik. Im Rahmen der sich anschließenden Aussprache beantworteten sowohl die Anzuhörenden als auch Staatssekretäre eine Vielzahl von Fragen der Mitglieder beider Ausschüsse.

Das Wortprotokoll der Sitzung liegt leider noch nicht vor. Der Ausschuss wird sich jedoch in seiner nächsten Sitzung am 16. November 2022 nochmals eingehend mit der Auswertung der Anhörungen befassen und die Parlamentarischen Konferenz Berlin-Brandenburg anschließend in Kenntnis setzen. Im Ergebnis bestand in jeden Fall unter den Anwesenden Einigkeit, dass die gemeinsame Arbeit der beiden Landesparlamente auf dem Gebiet der Medienpolitik, insbesondere des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, fortgesetzt und vertieft werden sollte.

Ich bedanke mich für die Einladung zur 2. Sitzung der Parlamentarischen Konferenz Berlin-Brandenburg am 11. November 2022 und freue mich darauf, den Mitgliedern der Konferenz von der gemeinsamen Sitzung und der Ergebnissen der Anhörungen zu berichten.

Mit freundlichen Grüßen



Derya Çağlar



Landtag Brandenburg, Alter Markt 1, 14467 Potsdam

Hauptausschuss

Der Vorsitzende

Präsidentin des Landtages Brandenburg
Frau Prof. Dr. Ulrike Liedtke

im Hause

Datum: 10. November 2022

Gemeinsame Sitzung des Hauptausschusses und des Ausschusses für Engagement, Bundesangelegenheiten und Medien des Abgeordnetenhauses von Berlin

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

der Hauptausschuss tagte am 17. Oktober 2022 gemeinsam mit dem Ausschuss für Engagement, Bundesangelegenheiten und Medien im Abgeordnetenhaus von Berlin. Dabei wurden zwei Themenkomplexe ausführlich behandelt.

Zunächst führten die Ausschüsse eine Anhörung zu dem Sachstand und dem Ausblick zu dem Staatsvertrag über die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg im Bereich der Medien (MStV B-BB) durch. Martin Gorholt, Vorsitzender des Medienrates, und Frau Dr. Eva Flecken, Direktorin der Medienanstalt Berlin-Brandenburg, gaben den Ausschussmitgliedern Auskunft. Herr Stephan Goericke, Mitglied des Medienrates der Medienanstalt Berlin-Brandenburg, reichte zudem eine schriftliche Stellungnahme ein. Schwerpunkte der Diskussion waren neben dem Vorwegabzug auch die derzeitige Aufgabenbelastung und -bewältigung durch die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb).

Anschließend befassten sich die beiden Ausschüsse in einer sehr ausführlichen Anhörung mit dem rbb-Staatsvertrag. An der Anhörung nahmen teil:

- Dr. Katrin Vernau, Interimsintendantin des rbb
- Dorette König, geschäftsführende Vorsitzende des Verwaltungsrates des rbb
- Ralf Roggenbuck, Vorsitzender des Rundfunkrates des rbb
- Sabine Jauer, Vorsitzende des Personalrates des rbb
- Anke Naujock-Simon, Compliance-Beauftragte des rbb
- Christoph Reinhardt, Vorsitzender der Interessenvertretung für Freie.

Neben der aktuellen Aufarbeitung der Vorfälle beim rbb und vielen dazugehörigen Fragen, wie beispielsweise nach den Gehältern der ehemaligen Intendantin und der übrigen Führungsverantwortlichen, spielte die Frage eine herausgehobene Rolle, welche Konsequenzen und Lehren daraus für die Zukunft gezogen und wie diese im Staatsvertrag verankert werden könnten.



Dabei ging es insbesondere um Fragen nach der Struktur, Zusammensetzung und Professionalisierung der Aufsichtsgremien und der Intendanz, aber auch um Fragen der besseren Einbeziehung der Mitarbeitenden und der Freien oder der Einrichtung eines Publikumsrates. Themen, wie Flexibilisierung, die Regionalstudios und die Präsenz des rbb in Brandenburg wurden gerade von den Brandenburger Abgeordneten angesprochen.

In der 43. Sitzung des Hauptausschusses am 9. November 2022 werteten die Mitglieder des Ausschusses die gemeinsame Sitzung aus und beschlossen mehrheitlich (8 : 3 : 0), der Parlamentarischen Konferenz folgenden Beschluss vorzulegen:

„1. Der Hauptausschuss ist der Auffassung, dass die Vorfälle beim Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) geeignet sind, das gesamte öffentlich-rechtliche Mediensystem zu beschädigen. Die erhobenen Vorwürfe müssen daher vollumfänglich aufgeklärt und aufgearbeitet werden. Der rbb steht in der Verantwortung, hieraus richtige Schlüsse zu ziehen, um Fehlverhalten durch eindeutige Regeln für die Zukunft auszuschließen.

Die gemeinsame Anhörung des Hauptausschusses und des Ausschusses für Engagement, Bundesangelegenheiten und Medien des Abgeordnetenhauses von Berlin am 17. Oktober 2022 haben bedauerlicherweise verdeutlicht, dass die Tragweite der Vorfälle nicht allen Verantwortlichen des rbb in vollem Umfang bewusst zu sein scheinen.

2. Der Hauptausschuss begrüßt das Vorhaben des Senats von Berlin und der Landesregierung Brandenburg, den gesetzlichen Rahmen des rbb zu modernisieren. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine tragende Säule der unabhängigen Berichterstattung im dualen Rundfunksystem. Es braucht ein zeitgemäßes öffentlich-rechtliches Angebot auch als Gegengewicht zu Hass im Netz, Verschwörungstheorien und Fake News.

3. Der Hauptausschuss bekräftigt die Notwendigkeit, dass der im Juni 2022 zur Anhörung vorgelegte Entwurf eines Zweiten rbb-Änderungsstaatsvertrages vor dem Hintergrund der aktuellen Vorkommnisse beim rbb nachzuschärfen ist. Hierzu zählen insbesondere

- eine deutliche Erhöhung von Transparenz- und Compliance-Standards;
- eine Ausweitung der Prüfrechte für die Rechnungshöfe der Länder Berlin und Brandenburg;
- maßgebliche Verbesserungen hinsichtlich der Transparenz von Vergütungsstrukturen sowie Rahmenvorgaben für angemessene Entlohnungen bei außertariflicher Vergütung;
- eine substanzielle Stärkung der Aufsichtsgremien des rbb sowie eine weitergehende Professionalisierung der Gremienarbeit durch erhöhte Anforderungen an die Kompetenzen der Mitglieder in relevanten Kontrollbereichen;
- ein wirksames Mitbestimmungsrecht aller Mitarbeitenden des rbb - also auch der Freien über den Personalrat - in Kontrollgremien und bei wichtigen strategischen Entscheidungen, auch solche, die das Personal betreffen.



4. Der Hauptausschuss erwartet, dass der Senat von Berlin und die Landesregierung Brandenburg bei ihren Verhandlungen zu weiteren Anpassungen des Zweiten rbb-Änderungsstaatsvertrages die Erkenntnisse aus der mündlichen Anhörung am 17. Oktober 2022 in geeigneter Weise berücksichtigen. Ebenso einbezogen werden sollen das Prüfergebnis der vom rbb mit der Aufklärung, Prüfung und rechtlichen Bewertung von möglichen Regelverstößen bzw. Pflichtverletzungen beim rbb beauftragten Rechtsanwaltskanzlei LUTZ | ABEL sowie im weiteren Verfahren die Handlungsempfehlungen des Rechnungshofes von Berlin und des Landesrechnungshofes Brandenburg, die als ein Ergebnis ihrer seit Oktober 2022 laufenden Prüfung des rbb angekündigt wurden.

5. Der Hauptausschuss erwartet weiterhin, dass die fortgeschriebene Synopse zum Zweiten rbb-Änderungsstaatsvertrag dem Landtag Brandenburg schnellstmöglich vorgelegt wird, um eine erneute Anhörung durch den Hauptausschuss (evtl. abermals in gemeinsamer Sitzung mit dem Ausschuss für Engagement, Bundesangelegenheiten und Medien des Abgeordnetenhauses von Berlin) zu ermöglichen.

6. Der Hauptausschuss bittet die Landesregierung, die Novellierung des Medienstaatsvertrages Berlin-Brandenburg (mabb-StV) unabhängig vom Verfahren der Novellierung des rbb-Staatsvertrags weiter voranzutreiben und zum Abschluss zu bringen."

Mit freundlichen Grüßen

Daniel Keller